№ 30. **Provinzial-Correspondenz.** 26. Juli 1876.

Vierzehnter Jahrgang.

Die Fortschrittspartei und die deutsche Einigung.

I.

Die Zeit der Vorbereitung.

Die „Provinzial-Correspondenz" hat jüngst auf die innere Unmöglichkeit hingewiesen, daß diejenigen Parteien, welche die „in großen historischen Thatsachen und in bedeutsamen Akten der Gesetzgebung" verzeichnete Politik der Regierung aufrichtig unterstützen wollen, sich mit den grundsätzlichen Widersachern dieser Politik aus der Fortschrittspartei verbinden sollten.

Dem gegenüber wird Namens der Fortschrittspartei behauptet, daß ihr selber ein bedeutender Antheil an jenen Thatsachen und Erfolgen zukomme.

„Wenn unter den „geschichtlichen Thatsachen" die Einigung Deutschlands gemeint ist, so konnte sie zuletzt allerdings nicht von der „Partei" gemacht werden, aber zu ihrer Vorbereitung hat sie die Spitze genommen."

So lautet die dreiste Behauptung. Um dieselbe zu würdigen, ist es unerläßlich, wieder einmal einen Blick auf das Verhalten der Fortschrittspartei in der Zeit der Vorbereitung nicht nur, sondern auch in der Zeit der Erfüllung zu werfen. Zehn Jahre sind ja in unserer rasch lebenden Zeit ein bedeutender Zwischenraum, — und bereits ist ein anderes Geschlecht ins politische Leben hineingewachsen, welches von dem wirklichen Verhalten der Parteien in jener Zeit keine eigene Erinnerungen hat. Es ist daher nöthig, den Antheil der Fortschrittspartei an den historischen Thatsachen ins rechte Licht zu stellen.

Es kann heute kein Streit und Zweifel mehr darüber stattfinden, daß die Entscheidung zu Gunsten der Einigung Deutschlands, vor Allem durch die preußische Heeresreform vorbereitet worden ist, welche nach der feierlichen Ankündigung des Königs zu dem Zwecke unternommen war, »Preußen in der Stellung zu kräftigen, welche es vermöge seiner ruhmvollen Geschichte unter den deutschen Staaten zum Heile Aller einnehmen muß.«

Dem Entstehen der Fortschrittspartei im Jahre 1861 aber und der von ihr sofort angenommenen Haltung war es zuzuschreiben, daß der gesetzliche Abschluß der Heeresreform zunächst vereitelt und der unheilvolle Verfassungskonflikt heraufbeschworen wurde.

Wenn ein großer Theil der Liberalen, welche in jenen Jahren der Regierung entgegenstanden, dabei von ernsten Verfassungsbedenken bestimmt wurde, so hat die entschiedene Fortschrittspartei dagegen den innersten Beweggrund ihres Widerspruchs gegen die Heeresreform damals mit aller Offenheit verkündet. Einer der Männer, welche noch heute zu ihren angesehensten Führern gehören, hatte gleich beim Beginn des Konflikts kein Hehl daraus gemacht, daß es sich in der Militärfrage für seine Gesinnungsgenossen den bestehenden Gewalten gegenüber darum handele, über das Prinzip der stehenden Heere, welche ein Hemmniß der Freiheit seien, zu entscheiden und zwar »mit Hülfe des bewaffneten Volkes, das hinter dem Parlamente stehe.« Derselbe Mann hatte es als eines der Ziele seiner Partei bezeichnet: »Preußen den Großmachtskitzel auszutreiben«.

Diese Worte des damals einflußreichsten Führers kennzeichnen nicht blos die Stellung der Partei zur Heeresfrage, — sie lassen zugleich erkennen, in welchem Sinn und Geist die Fortschrittspartei zur Vorbereitung der Einigung Deutschlands »die Spitze genommen hat«. Fern sei es, die Bedeutung der nationalen Bestrebungen, welche sich innerhalb der liberalen Parteien seit Jahrzehenten geltend gemacht hatten, herabzusetzen. Wenn auch die Einigung schließlich nicht auf den Wegen erreicht wurde, auf welchen sie von jener Seite erstrebt worden war, so kamen in Wahrheit doch nach den ersten entscheidenden Thaten die von dort aus genährten Stimmungen der Regierung fördernd entgegen.

Aber gerade die Männer der jetzigen Fortschrittspartei können auch in dieser Beziehung ein thatsächliches Verdienst für sich nicht in Anspruch nehmen, — denn so viel an ihnen lag, haben sie damals und später Auffassungen und Stimmungen verbreitet, welche, wenn sie zur entscheidenden Geltung gelangt wären, das Gelingen der Einigung unmöglich gemacht hätten. Auch dem »Nationalverein«, welcher an und für sich die Einigung Deutschlands unter Preußens Führung auf seine Fahne geschrieben hatte, suchten sie ihrerseits mehr und mehr eine Richtung zu geben, an welcher das ursprüngliche Streben zu Schanden werden mußte. Um die Führung Deutschlands zu übernehmen, hätte Preußen nach ihrem Sinn zuvörderst die Grundlagen seiner Machtstellung, sein kräftiges Königthum und die Einrichtungen, auf welchen die glorreiche Entwickelung des Vaterlandes beruht, unter die demokratische Volkssouveränetät beugen müssen.

Wie jene Männer aber sich zur unmittelbaren Vorbereitung der »geschichtlichen Thatsachen« gestellt haben, auf denen die Einigung Deutschlands beruht, das bezeugt unter Anderem ein Rundschreiben, welches sie erließen, als die Regierung bereits die ersten denkwürdigen Schritte auf der Bahn jener Thatsachen ausgeführt hatte.

»Wenn Diejenigen — hieß es da mit Bezug auf das Bismarck'sche Ministerium —, die jetzt an der Spitze des preußischen Staates am Ruin der preußischen Staatsmacht arbeiten, vollends nach der Leitung Deutschlands greifen wollten, so würden sie in der ersten Reihe der Kämpfer gegen eine solche Vermessenheit dem Nationalverein begegnen.«

Noch wenige Wochen vor der geschichtlichen Entscheidung von 1866 schrieb das damalige Hauptorgan der Fortschrittspartei in Berlin:

»Das große Staatsübel der inneren Verwaltung ist geringfügig und verschwindend gegen die Fehler der auswärtigen Staatsleitung, vor deren Folgen wir stehen. Die bisherige Volksvertretung hat einen guten und gerechten Kampf in den inneren Angelegenheiten geführt. Aber mit noch viel, viel größerem Recht und unter noch viel heiligerer Pflichterfüllung hat es jede Zustimmung zu der auswärtigen Leitung versagt, die uns Schritt vor Schritt bis vor einen Bruderkrieg in Deutschland hingeführt, wo wir schaudernd selbst vor dem Gedanken eines blutigen Sieges stehen, geschweige denn vor den entsetzlichen Folgen, wenn das Kriegsglück sich gegen uns wendet.«

Unmittelbar vor dem Beginn des Krieges verkündeten die Führer der Fortschrittspartei als den »Gesammtwillen des preußischen Volkes«:

Die unbedingte Verwerfung der Politik des Ministeriums von Bismarck als Ursache des bevorstehenden Krieges, welcher die wahren Interessen Preußens und Deutschlands schwer zu schädigen, Preußen von seinem deutschen Berufe weiter wie je zu verschlagen drohe u. s. w.

Als nach jenen großen Ereignissen die Fortschrittspartei bei den ersten Neuwahlen eine schwere Niederlage erlitt und ihre Blätter darum das Volk anklagten, als habe es sich blos durch den Glanz des Ruhmes hinreißen lassen, da schrieb ein demokratisches Blatt (das bis zum heutigen Tage seine Gesinnungen nicht geändert hat) die ehrlichen Worte:

»Wir möchten das Volk kennen, auf welches Siege wie die erkämpften keinen Eindruck hervorbrächte; ein solches Volk wäre der höchsten Verachtung werth.

Aber findet der Umschwung nicht darin seine Erklärung, daß das Volk mit Recht sich verwundert fragt: wie ist es denn gekommen, daß so Großes erreicht worden, ohne das Abgeordnetenhaus, ja selbst gegen den Willen desselben, trotzdem die Fortschrittspartei in ihm die Majorität hatte? Das Abgeordnetenhaus durfte nicht dulden, daß in dem Volke der Gedanke Platz griff: es könne in Preußen Großes geschehen auch ohne das Abgeordnetenhaus; es mußte eingreifen, und es konnte eingreifen, ohne dem Budgetrecht auch nur das Mindeste zu vergeben. Das Ministerium bat förmlich um diese Einmischung. Wir erinnern nur an die Rede des Grafen Bismarck, in welcher er dem Abgeordnetenhause zurief: »Kein Kiel, kein Geld!« Hier mußte das Abgeordnetenhaus antworten: »Wohlan! Schaffe uns Kiel; für die Kosten kommen wir auf.« — Was that das Abgeordnetenhaus? Es versuchte, dem preußenfeindlichsten aller Thronbewerber im Bereiche der preußischen Macht einen Thron zu verschaffen; es faßte die so und so vielte Resolution für den weiland Herzog von Schleswig-Holstein.«

Aber nicht blos in der Zeit der Vorbereitung, sondern auch in der Zeit der Erfüllung hat die jetzige Fortschrittspartei ihre Mitwirkung entschieden versagt.

II.

Die Fortschrittspartei in der Zeit der nationalen Erfüllung.

Die alte Fortschrittspartei aus der Konfliktszeit zerfiel und zersplitterte Angesichts der Siege und Erfolge von 1866. Aus derselben schieden unter dem Namen der »National-Liberalen« alle diejenigen aus, welche es im Gegensatze gegen die frühere verneinende Haltung jetzt als Pflicht erkannten, der Regierung in ihrer nationalen Politik den vollen Beistand der Landesvertretung zu verschaffen. In dem kraftvoll geführten Kriege und in den Erfolgen desselben sahen sie den glücklichen Anfang zu einer wahren Einigung des deutschen Vaterlandes und erklärten es rückhaltlos für die heiligste Pflicht der

Volksvertretung, vor aller Welt den Beistand zu bekunden, auf welchen jede Regierung in Preußen rechnen darf, so weit sie die deutsche Einheit zu fördern und die Stärke der gesammtdeutschen Macht zu erhöhen bereit sei. Nicht durch rechthaberisch verneinende Haltung, sondern durch einen wirklichen Antheil und ein Verdienst um die Wendung der deutschen Geschicke unter den Hohenzollern werde die liberale Partei ihre Stellung neu befestigen.

Schon bei den ersten Berathungen im Abgeordnetenhause war von dieser Seite offen ausgesprochen worden:

»Der Konflikt ist entstanden, weil die Regierung einen großen Staatszweck durchführen wollte, den sie hier nicht öffentlich bekennen und in seinen Einzelnheiten vorher vorlegen konnte. Dieser große Staatszweck ist auf eine glänzende Weise erfüllt. Darum lassen Sie uns mit freudigem Danke die Hand ergreifen, die uns vom Throne entgegengereicht wird.«

Während nun die von der alten Fortschrittspartei losgelöste Partei der National-Liberalen im Verein mit den Konservativen kräftig Hand anlegten, um nach Beilegung des Verfassungsstreites die neuen Verhältnisse des erweiterten Preußen zu regeln und in der Verfassung des Norddeutschen Bundes den Grund zur gemeinsamen nationalen Entwickelung zu legen, — verharrte der übrige Theil der Fortschrittspartei in dem alten Gegensatze zur Regierung und zur thatsächlichen Grundlegung des einheitlichen deutschen Gemeinwesens. Schritt vor Schritt wurde der Weg, welchen Graf Bismarck bei der Errichtung des Norddeutschen Bundes einschlug, bekämpft, — Schritt vor Schritt das Mißlingen des Werkes prophezeit, — so daß der Minister-Präsident den Abgeordneten Virchow einmal daran erinnerte, daß er schon vier Jahre hindurch in Bezug auf die Regierungspolitik immer das Gegentheil von dem prophezeit habe, was in Wirklichkeit eingetroffen sei.

Als die Norddeutsche Bundesverfassung bereits im Reichstage beschlossen war, erneuerte die Fortschrittspartei nochmals im preußischen Abgeordnetenhause ihren Widerstand, und zwar unter Verleugnung der Grundsätze, die sie selber bis dahin verkündet hatte.

Während sie früher den einzelnen deutschen Regierungen es zum bittersten Vorwurf gemacht hatte, daß sie die Rechte der Einzelstaaten nicht dem gemeinsamen deutschen Interesse zum Opfer bringen wollten, während es einer ihrer Lieblingssätze war, »Preußen müsse in Deutschland aufgehen«, — waren sie es jetzt, die dem Zustandekommen der Bundesverfassung widerstrebten, weil dabei einzelne Befugnisse der preußischen Landesvertretung dem Gesammtreichstage aufgeopfert werden mußten. Dieses Auftreten der Fortschrittspartei, deren damalige Führer zum Theil noch heute das große Wort führen, veranlaßte den Grafen Bismarck zu der denkwürdigen Aeußerung:

Glauben Sie wirklich, daß die großartige Bewegung, die im vorigen Jahre die Völker vom Belt bis an die Meere Siciliens, vom Rhein bis an den Pruth und den Dnjester zum Kampf führte, zu dem eisernen Würfelspiel, in dem um Königs- und Kaiserkronen gespielt wurde, daß die Million deutscher Krieger, die gegen einander gekämpft und geblutet haben auf den Schlachtfeldern vom Rhein bis zu den Karpathen, daß die Tausende und aber Tausende von Gebliebenen und der Seuche Erlegenen, die durch ihren Tod diese nationale Entscheidung besiegelt haben, durch einen Landtagsbeschluß als keiner Beachtung werth zu den Akten geschrieben werden können; meine Herren, dann stehen Sie wirklich nicht auf der Höhe der Situation. Es liegt mir fern, irgend eine Drohung auszusprechen, ich achte die Rechte unseres Landtages, aber ich habe die sichere Ueberzeugung, kein deutscher Landtag wird einen solchen Beschluß fassen, wenn wir uns hier einigen. Ich möchte die Herren, die sich diese Möglichkeiten denken, wohl sehen, wie sie etwa einem Invaliden von Königgrätz antworten würden, wenn der nach dem Ergebniß dieser gewaltigen Anstrengung fragt. Sie würden ihm etwa sagen: ja freilich, mit der deutschen Einheit ist es wiederum nichts geworden — die wird sich wohl bei Gelegenheit finden; aber wir haben das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses, des preußischen Landtages gerettet, das Recht, jedes Jahr die Existenz der preußischen Armee in Frage zu stellen.«

Die Fortschrittspartei aber unter der Führung von Männern, welche theilweise noch heute an ihrer Spitze stehen, blieb im Verein mit dem Centrum und den Polen bis zum letzten Augenblick bei der Ablehnung der Bundesverfassung.

Die Blätter der Fortschrittspartei ergingen sich nach der Annahme der Bundesverfassung in den heftigsten Schmähungen gegen die »National-Liberalen« wegen ihrer Mitwirkung zum Zustandekommen der Verfassung. Ein national-liberales Blatt der Hauptstadt charakterisirte dem gegenüber das Verhalten der Fortschrittspartei mit den Worten:

»Diese unfruchtbaren Geister der Verneinung hören nicht das Rauschen der neuen Zeit — für alle Größe der nationalen Entwickelung haben sie keinen Sinn, kein Herz.«

Das war die Haltung der Fortschrittspartei gegenüber den großen geschichtlichen Thatsachen, durch welche die deutsche Einheit geschaffen worden ist.

Es wird demnächst weiter zu prüfen sein, welchen Antheil die Fortschrittspartei an den bedeutsamen weiteren Schritten der Gesetzgebung in Preußen und im deutschen Reiche gehabt hat.

Glückwunschschreiben des deutschen Kaisers an den Präsidenten der Vereinigten Staaten Nord-Amerikas. Zur hundertjährigen Jubelfeier der Vereinigten Staaten hat Kaiser Wilhelm das folgende Schreiben an den Präsidenten Grant gerichtet:

Großer und guter Freund!

Es ist Ihnen beschieden, die hundertjährige Feier des Tages zu begehen, an welchem das große Gemeinwesen, an dessen Spitze Sie stehen, in die Reihe der unabhängigen Staaten eingetreten ist. Was die Begründer desselben in weiser Benutzung der Lehren der Geschichte der Staatenbildungen und mit weitem Blick in die Zukunft geordnet, hat sich in einer Entwickelung ohne Gleichen bewährt. Sie und das amerikanische Volk darüber zu beglückwünschen, ist Mir eine um so größere Freude, als seit dem Freundschaftsvertrage, welchen Mein in Gott ruhender Ahnherr, König Friedrich II., glorreichen Andenkens, mit den Vereinigten Staaten geschlossen hat, jederzeit eine ungetrübte Freundschaft zwischen Deutschland und Amerika bestanden und sich durch die immer zunehmenden Beziehungen beiderseitiger Angehörigen und in einem immer fruchtbareren Austausch auf allen Gebieten des Verkehrs und der Wissenschaft entwickelt und befestigt hat. Daß die Wohlfahrt der Vereinigten Staaten und die Freundschaft beider Völker auch ferner mit einander wachsen mögen, ist Mein aufrichtiger Wunsch und Meine zuversichtliche Hoffnung. Empfangen Sie die erneuerte Versicherung Meiner vorzüglichen Achtung.

Wilhelm.
von Bismarck.

Unser Kaiser hat am Mittwoch (19.) die Insel Mainau verlassen, um sich über Salzburg nach Gastein zu begeben. Bis Lindau gab die Großherzoglich Badensche Familie Seiner Majestät das Geleit. Auf der Fahrt von Lindau bis Salzburg wurde der Kaiser überall freudig begrüßt. Abends erfolgte die Ankunft in Salzburg.

Auch in diesem Jahre hat der Besuch des deutschen Kaisers auf österreichischem Gebiet dem Kaiser Franz Joseph Gelegenheit gegeben, den engen Beziehungen, welche die beiden erhabenen Fürsten und die beiderseitigen Reiche verbinden, einen erneuten Ausdruck zu geben. Der Kaiser von Oesterreich war zur freundschaftlichen Begrüßung unseres Kaisers nach Salzburg gekommen und die beiden Monarchen brachten den Donnerstag (20.) dort in herzlichem vertraulichen Verkehr zu.

Am Freitag (21.) setzte Kaiser Wilhelm die Reise nach Gastein fort und traf am Nachmittag in bestem Wohlsein dort ein, von der Bevölkerung und den zahlreichen Badegästen auf's herzlichste begrüßt. Am folgenden Tage schon begann Se. Majestät die Badekur.

Der bayerische General v. d. Tann hat dem Kaiser ein Schreiben des Königs Ludwig von Bayern mit einer Einladung zur Theilnahme Sr. Majestät an den bevorstehenden Festspielen in Bayreuth überbracht.

Ihre Majestät die Kaiserin-Königin Augusta hat sich von Koblenz zunächst nach Schloß Krauchenwies bei Sigmaringen zum Besuch des Fürsten von Hohenzollern und von dort nach der Insel Mainau zur Großherzoglich Badenschen Familie begeben. Ihre Majestät hat dort den Besuch des Königs und der Königin von Württemberg empfangen.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck wird nach günstigem Verlauf der Kissinger Kur in den nächsten Tagen von dort abreisen und sich nach kurzem Aufenthalte in Berlin nach Varzin begeben.

Verantwortlich: Dr. Friedrich Dörr.

Berlin, Druck und Verlag der Königlichen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei (R. v. Decker).